

sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlussempfehlung** in **Drucksache 13/3310**. Wer stimmt der Empfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen**. - Ich bedanke mich und rufe **Nummer 3** auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

unter Hinweis auf die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses in **Drucksache 13/3303**.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kruse für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ein roter Faden zieht sich sozusagen durch alle Haushaltsberatungen die katastrophale Wirtschaftslage und die damit verbundene desolante Finanzsituation. Ganz ohne Frage erleben wir Zeiten dramatischer Veränderungen und somit Zeiten besonderer Belastungen. Niemand in diesem Haus wird dies ernsthaft bestreiten. Wir alle könnten eine Vielzahl von Beispielen nennen.

So ist die finanzielle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte verloren gegangen, und die Wirtschaftskraft des Landes ist in den letzten Jahren real betrachtet stetig gesunken. In solchen Zeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht es sehr viel Sinn - ja, es lohnt sich - innezuhalten und die originären hoheitlichen Aufgaben des Staates ins Gedächtnis zu rufen und seine Politik danach auszurichten.

Ich sage dies deswegen zu Beginn meiner Ausführungen, weil Sie, Herr Minister Behrens, in den letzten Jahren zu Recht darauf hingewiesen und immer wieder daran erinnert haben, dass im Einzelplan 03 auch die Arbeit einer großen allgemeinen und inneren Verwaltung verdeutlicht wird.

Um es für die CDU-Fraktion in aller Klarheit zu sagen: Wir sind sowohl für einen starken als auch für einen schlanken Staat. Dies ist kein Widerspruch. Im Gegenteil: Ein Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit lässt, der die wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen nicht einengt, der den gesellschaftlichen Gruppen möglichst viel Spiel-

raum gewährt, leidet nicht unter einem undurchschaubaren Dickicht des öffentlichen Rechts, unter einem Wirrwarr von Kompetenzen und Zuständigkeiten. Er verhindert die notwendigen Veränderungsprozesse durch behördliche Mehrfachzuständigkeiten und gegenseitige Genehmigungsvorbehalte nicht. Von einem solchen schlanken Staat sind wir in Nordrhein-Westfalen weit entfernt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen wiederhole ich meine Fragestellung vom Mai des vergangenen Jahres. Ein Historiker, ein Jurist weit ferner Tage, der den mutigen Versuch unternimmt, die Zeitabläufe um unsere Jahrhundertwende wissenschaftlich aufzuarbeiten, wird sich fragen: Was war das für eine Staatsverwaltung, die für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger eine so aufgeblähte Bürokratie und eine derart kostenintensive Verwaltung benötigte? Wer trug damals die politische Verantwortung?

(Frank Sichau [SPD]: Die CDU!)

Herr Minister Behrens, trotz aller Ankündigungen, Bürokratie abzubauen - angemerkt sei, dass der heutige Bundespräsident und ehemalige Ministerpräsident, den Frau Höhn gerade noch gelobt hat, und der heutige Superminister und ehemalige Ministerpräsident dieses Landes diesen Bürokratieabbau von Berlin aus fordern -, haben wir nach wie vor eine kostspielige, ineffiziente und nicht transparente Behördenstruktur.

(Manfred Palmén [CDU]: Sehr richtig!)

Auch die CDU-Fraktion ist der Auffassung - um das klarzustellen -, dass ein Land von der Größe Nordrhein-Westfalens zur Bündelung und Koordination der Verwaltungstätigkeiten eine mittlere Ebene zwischen Ministerium und Kommunen besitzen muss. Doch wenn wir bei dem heutigen Tempo wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen nicht noch deutlicher in Rückstand geraten wollen, dann ist dies nur mit einem schlanken Staat zu schaffen, der sich aus Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend zurückzieht, der privatisiert und dereguliert, der nur noch Rahmen setzt und sich auf das Wesentliche konzentriert.

(Frank Sichau [SPD]: Bezahlen müssen die Bürger!)

Hierzu fehlt in Nordrhein-Westfalen nicht nur die Kraft, sondern hierzu fehlt vor allen Dingen der politische Wille. Und dafür tragen Sie, Herr Minister Behrens, mit die Verantwortung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU setzt sich ebenfalls für einen starken Staat

ein. Angesichts schlechter Kriminalitätsdaten für Nordrhein-Westfalen und der mit dem internationalen Terrorismus verbundenen Gefahren brauchen wir einen Kraftakt für mehr Sicherheit. Bei der inneren Sicherheit darf ausdrücklich nicht gespart werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Die Bilanz für das in Kürze ablaufende Jahr ist schlecht. Die Perspektive für das Jahr 2003 ist düster, und für den neuen Ministerpräsidenten ist die innere Sicherheit kein Schwerpunkt seiner Politik, wenn ich die Regierungserklärung vom 20. November 2002 zum Maßstab nehme. Ich darf mit Erlaubnis der Frau Präsidentin zitieren:

(Minister Dr. Michael Vesper: „Frau“ Linssen?)

- Entschuldigung, Herr Präsident. Ich bitte um Nachsicht.

„Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich auf die Leistungsfähigkeit unserer Polizei und unserer Justiz verlassen. Wir wollen die Zusammenarbeit der Polizei mit Bürgern, kommunalen Behörden und gesellschaftlichen Gruppen bei Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung weiter ausbauen. wie uns das mit unseren Ordnungspartnerschaften und dem Landespräventionsrat gelungen ist.“

Wer hat dem neuen Ministerpräsidenten diesen Beitrag aufgeschrieben? Wo ist im Land eine derart positive Entwicklung festzustellen? - Die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind anders: Im ersten Halbjahr 2002 ist die Kriminalität im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,3 % gestiegen. Die Straßenkriminalität stieg um 17,1 %. Die Zahl der Diebstähle erhöhte sich um 10,8 %. Während die Kriminalität insgesamt angestiegen ist, sank die Aufklärungsquote um rund 3 %. Sie beträgt im ersten Halbjahr 2002 nur noch 46 %.

Wir haben heute 2.000 Polizeibeamte weniger als am 31. Dezember 1995 bei parallel laufendem Aufgabenzuwachs. Sie, Herr Innenminister, haben uns mit Schreiben vom 25. September 2002 mitgeteilt, welche Polizeiwachen geschlossen und welche Polizeiwachen in Tageswachen umgewandelt worden sind.

Der Ministerpräsident redet davon, dass der rot-grünen Landesregierung die Zusammenarbeit der Polizei mit Bürgern gelungen sei. Dafür habe ich kein Verständnis.

In Wirklichkeit ist kein einziges Wort zur inneren Sicherheit, kein substanzieller Beitrag zu den notwendigen Verbesserungen gesagt worden. Keine Kriminalitätsprognose, keine Perspektive für die nächsten Jahre ist zu erkennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren sind vermehrt die Gesamtaufklärungsquoten in den Blick geraten. Vor dem Hintergrund der schlechten Bilanz der polizeilichen Arbeit ist der Bekämpfung der Einbruchskriminalität ein katastrophales Ergebnis zu bescheinigen.

Herr Innenminister, welche Konzepte haben Sie, damit in diesem Bereich Besserung zu erkennen ist? Wir können es nicht hinnehmen, dass sieben von acht Einbruchsdiebstählen in Nordrhein-Westfalen nicht aufgeklärt werden. Aus unserer Sicht besteht hier dringend Handlungsbedarf. Die Bearbeitung der Einbruchskriminalität muss korrigiert werden. Wir brauchen die Rückkehr zur notwendigen differenzierenden Ausbildung, um festgestellte und statistisch ermittelte Qualitätsdefizite abzubauen.

Herr Ministerpräsident Steinbrück hat schon, wie eben zitiert, in seiner ersten Regierungserklärung ausgeführt, dass sich die Menschen auf die Leistungsfähigkeit unserer Polizei und Justiz verlassen können. Worauf führen Sie es zurück – der Ministerpräsident ist ja nicht da –, dass sich Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen zunehmend über die schlechte bzw. bescheidene Qualität der kriminalpolizeilichen Ermittlungen insbesondere von Ermittlungsdienststellen beklagen, in denen die zugeordneten Beamten nicht für ihr Aufgabenfeld in der Kriminalitätssachbearbeitung speziell aus- oder fortgebildet wurden?

Sie wissen, dass das Land Nordrhein-Westfalen als ein Befürworter der Neuorganisation schon 1998 eine Arbeitsgruppe zur Qualitätssicherung einsetzte. Sie hat in diesem Jahr den Bericht vorgelegt. Mit ihrem Appell zu einer Einführungs- und Anpassungsfortbildung wird hier der Finger in die Wunde gelegt, die durch inhaltsgleiche Ausbildung und durch Zuordnung von nicht sachkundigem Personal in Kriminalitätssachbearbeitung geschlagen worden ist. Auch hier ist kein Konzept zu erkennen.

Die Landesregierung gibt laut Einzelplan des Innenministeriums rund 90 Millionen € weniger aus als im vergangenen Jahr. Der größte Sparposten hierbei ist die globale Minderausgabe von 39,7 Millionen €. Wir brauchen aber mehr und nicht weniger Mittel für Sicherheit und Polizei. Wir brauchen mehr Polizeibeamte. Deswegen sagen wir, dass in den nächsten vier Jahren tausend

Stellen zusätzlich geschaffen werden sollen. Wir brauchen ebenfalls mehr Angestellte im Polizeidienst, damit sich die Polizeibeamten auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können und wir wollen die Polizei ebenfalls besser ausstatten, als dies bisher der Fall ist.

Ursprünglich – das darf ich noch anschließen – sollten im Jahre 2003 im Rahmen der Sicherheitspakete 39,6 Millionen € zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag wird im Haushalt um 12,2 Millionen € auf 27,4 Millionen € gekürzt. Das ist aus unserer Sicht angesichts der Warnungen vor Terroranschlägen in Deutschland fahrlässig. Die Verschiebung der Mittel im Rahmen der Sicherheitspakete ist insgesamt eine Verschiebung der Anstrengung für mehr Sicherheit.

Angesichts der Warnungen ist dies, wie gesagt, fahrlässig. Ich erwähne dies auch deshalb, weil Sie, Herr Minister Behrens, an der Innenministerkonferenz in der vergangenen Woche in Bremen teilgenommen haben. Auch vor dem Hintergrund der dort geführten Beratungen und der herausgegebenen Pressemitteilungen sowie der Warnungen durch den Bundesinnenminister halte ich Kürzungen in diesem Bereich für fahrlässig.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. – Wir werden diesem Haushaltsplan nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Jentsch das Wort.

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist nichts Neues, Herr Kruse. Dass Sie nicht zustimmen, war ja eigentlich schon vorauszusehen. Mit den Widersprüchen in Ihrer Rede müssen Sie allerdings selbst fertig werden.

(Theo Kruse [CDU]: Nennen Sie einen!)

Dabei können wir Ihnen nicht helfen. Wenn Sie auf der einen Seite zur Kenntnis nehmen, dass unsere wirtschaftlichen Spielräume eng sind, können Sie nicht auf der anderen Seite mehr und mehr Forderungen stellen. Das funktioniert nicht. So kann man, denke ich, auch nicht miteinander umgehen.

Meine Damen und Herren! Wir standen vor schwierigen Haushaltsberatungen. Aber gerade schwierige Zeiten führen auch dazu, dass man viel genauer hinsieht und damit auch so manchen lieb gewordenen Ansatz in Frage stellen muss. Dies fällt nicht immer leicht; denn egal, was man

macht, Proteste bleiben nicht aus. Die Steuerreform, die hohe Arbeitslosigkeit, die nicht zufriedene Wirtschaftsleistung erlauben uns keinen anderen Weg, zwingen uns zur Einsparungen und damit zur Haushaltskürzung. Wir haben dies mit großem Augenmaß und sehr viel Disziplin hinbekommen, ohne dass wir unsere Prioritäten aufgeben haben.

Die innere Sicherheit bleibt neben Bildung und Arbeit das wichtigste Feld unserer Aktivitäten und unserer Ausgaben; denn die innere Sicherheit ist neben der sozialen Sicherheit der herausragende Standortfaktor für unser Land. Und da brauchen wir uns wahrlich nicht zu verstecken, sondern können mit Stolz sagen, dass durch unser Handeln unsere Polizeibeamtinnen und -beamten in der Wertschätzung ihrer Kollegen aus den anderen Ländern eine herausragende Position erworben haben und von vielen beneidet werden. Dieser Weg war nicht einfach, und wir wissen, dass wir vielen viel zugemutet haben, aber wir wollten und wollen, dass die Menschen über ihren Arbeitsplatz mitbestimmen, wenn es um ihre eigenen Arbeitsaufgaben geht. Das Ergebnis zeigt: Dieser Aufwand hat sich gelohnt, auch wenn manche dies schlechtreden. Viele in der freien Wirtschaft wären froh, wenn sie solche großen Einwirkungsmöglichkeiten hätten.

Natürlich sind weitere Reformen nötig: ob die nun beginnende Debatte über eine neue Polizeistruktur oder aber die Beurteilungsrichtlinien oder die Setzung von Führungsqualitäten. Hier haben wir die ersten entsprechenden Anträge auf den Weg gebracht. Wir bleiben dabei: Polizei hat neben der reinen Ermittlungsarbeit vor allem draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern stattzufinden, in den Stadtteilen, in den Fußgängerzonen und auf den Straßen. Nicht der Aufenthalt in irgendeinem Büro, sondern die ständige öffentliche Präsenz schafft Sicherheit.

Mit über 2.000 Bezirksbeamten und über 820 projektbezogenen Ordnungspartnerschaften findet präventive Sicherheitspolitik vor Ort statt. In über 600 kriminalpräventiven Räten entwickeln Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, Berufen, Vereinen und Kirchen neue Handlungskonzepte für die örtliche Wirklichkeit im Zusammenleben miteinander. Um dieses herausragende Engagement beneiden uns viele. Das ist eine einzigartige praktizierende Bürgerbewegung.

Meine Damen und Herren, dieses Jahr wird als Meilenstein unter den historischen Ereignissen unseres Landes eingehen. Der Wegfall der mittleren Laufbahn in der Polizei markiert einen Quantensprung in der Qualitätsverbesserung in der po-

lizeilichen Ausbildung, Arbeit und Einkommen. Auch hier sind wir bundesweit Vorreiter, und wir lassen uns dies ja auch viel kosten: fast 450 Millionen € in den nächsten Jahren.

Aber wir sagen auch ganz deutlich: Wer bei diesem Haushalt und bei den gravierenden finanziellen Verbesserungen in der Polizei erneut mit Stellenforderungen kommt, der hat sich weit von der Wirklichkeit entfernt. Dabei wird es im Bereich der Sicherheitspakete natürlich über 200 Mehreinstellungen geben, aber diese stehen bekanntlich erst in drei Jahren zur Verfügung. Deshalb ist und bleibt es Unfug, den Menschen einreden zu wollen, das Land könne mal so eben quasi über Nacht Einstellungen vornehmen. Polizeibeamte gibt es nun einmal nicht beim Arbeitsamt oder im Jobcenter. Und für die Kosten gibt es eben auch keine begüterte Erbtante.

Augenmaß und Verantwortung prägen unser Handeln und schaffen damit eine Sicherheit, um die uns viele beneiden. Deshalb brauchen die Menschen in Nordrhein-Westfalen, in diesem dicht besiedelten Land, keine Angst zu haben. Ja, es scheint, dass viele vergessen, dass allein zwischen Rhein und Ruhr mehr Menschen leben als in Berlin, Hamburg und München zusammen. Deswegen gibt es hier wie dort auch in der Kriminalitätsentwicklung kaum Unterschiede.

Trotzdem kommen wir jetzt nicht umhin, wieder deutlich zu sagen, dass fünf der sichersten Großstädte mit über 200.000 Einwohnern der Bundesrepublik in Nordrhein-Westfalen liegen. Von den 25. sichersten liegen allein 15 in Nordrhein-Westfalen. Das macht deutlich, welche hervorragende Arbeit in der Polizei und durch die Polizei geleistet wird. Allerdings ginge dies nicht ohne die entsprechenden Weichenstellungen durch Politik und Verwaltung. Dies sollten und müssten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, auch irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen.

Wir rüsten unsere Polizei kontinuierlich auf, um auch technisch den Kampf gegen die kriminellen Elemente bestehen zu können. 75 % aller PC's bei der Polizei sind vernetzt. Dabei haben 97 % der 26.000 ausstattungsfähigen Arbeitsplätze einen PC. 2.000 neue Fahrzeuge, von denen 1.000 bereits ausgeliefert wurden, stehen der Polizei im nächsten Jahr zur Verfügung.

Vergessen wir auch nicht die persönliche Ausstattung der Polizei mit den modernsten schuss- und stichfesten Schutzwesten, die der Markt zu bieten hat und deren Restauslieferung in den nächsten Wochen erfolgt. Kosten: 23,5 Millionen €. Oder die neuen Einsatzanzüge für die Hundertschaften.

Kosten: 2,3 Millionen €. Wir werden auch künftig die Polizei so ausrüsten, dass sie ihre Arbeit erfolgreich verrichten kann. Wir jammern und klagen nicht, sondern wir handeln. Deshalb bedauern wir, dass in Teilen der Polizei eine Stimmung herrscht, die der Wirklichkeit nicht entspricht. Denn die Polizei kann stolz auf ihre erreichten Erfolge hinweisen. Sie kann auf die Umfragewerte hinweisen, nach denen sie bei den Bürgerinnen und Bürgern an der Spitze des Vertrauens liegt. Sie kann auch darauf hinweisen, dass sie im Vergleich zu allen anderen Landespolizeien vorne liegt.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu der Beerdigungsstimmung der Opposition bei der Einführung der Pauschalierung der Feuerschutzsteuer stellen wir nach einem Jahr fest: Es hat sich gelohnt. Viel Geld konnte direkt, ohne Abzüge und ohne bürokratische Umwege den Kommunen für ihre Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden. Diesen erfolgreichen Weg werden wir fortsetzen. Im kommenden Jahr erwarten wir, dass die Pauschale von 38,4 Millionen € auf 39,1 Millionen € steigt. Ja, meine Damen und Herren, wir setzen noch einen drauf.

Wir sind der Anregung des Landesfeuerwehrverbandes gefolgt und haben ab diesem Haushalt einen Fonds eingerichtet, der den Kommunen bei außergewöhnlichen Belastungen, die bei der Amtshilfe bei Hilfeleistungsmaßnahmen entstehen, zur Verfügung steht. Auch hier zeigt sich: Wir handeln, während andere den Kopf in den Sand stecken.

Der Innenhaushalt steigt um den Prozentsatz, um den der Gesamthaushalt sinkt. Das hat eben auch etwas mit unseren Prioritäten zu tun. Dies gilt auch für die Haushaltstitel in der Flüchtlingshilfe: nicht überrollen. Dies konnten wir aufgrund der aktuellen Finanzsituation nicht mehr schultern. Aber mit 150.000 € für den Flüchtlingsrat, 30.000 € für die bewährte Beobachtung zu den Abschiebungen auf dem Flughafen Düsseldorf, den über 2,2 Millionen € für die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und mit 384.000 € für die soziale Betreuung in den Abschiebehaftungen haben wir auch in diesem Jahr unsere humanitäre Aufgabe erfolgreich wahrgenommen.

Ganz besonders erfreulich ist dabei die Tatsache, dass auch die Opposition unsere Änderungsanträge in diesem Jahr ganz überwiegend mitgetragen hat. Von 7 Anträgen, die wir im Innenausschuss gestellt haben, wurden 5 einstimmig und 2 bei Enthaltung der CDU und mit den Stimmen der FDP angenommen. Das ist schon bemerkenswert und zeigt sehr deutlich, dass auch die Opposition mit unserer Politik einverstanden ist.

Meine Damen und Herren, natürlich wissen auch wir, dass uns, aber auch allen anderen Bundesländern, die aktuelle Steuerschätzung vor erhebliche Probleme stellt. Nicht Mehrausgaben, nicht immer neue Forderungen, sondern erst der konsequente Weg, Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsreform fortzuführen, macht Politik und Verwaltung handlungsfähig. Nicht das Zeigen auf andere, sondern die eigene Handlungsoption zu nutzen, schafft Zukunft. Dies gilt auch für die Region Ruhr. Träume sind etwas Schönes, haben aber oft mit der Realität wenig zu tun. Von daher freuen wir uns auf die Diskussion, insbesondere aber darauf, das Ruhrgebiet zu einem schlagkräftigen, modernen Netzwerk der gemeinsamen Interessen weiterzuentwickeln.

Dieses große Land ist in einer guten Verfassung, dank des Engagements der vielen Bürgerinnen und Bürger, aber auch dank einer verantwortlichen Politik und Verwaltung, die immer das Gemeinwohl vor Augen hat. Dies macht auch dieser Haushalt deutlich. Dabei haben wir mehr herausgeholt, als wir uns am Anfang zugestanden hatten. Aber auch das ist die Konsequenz einer Politik, die auch in schwierigen Zeiten Maß halten kann, ohne die notwendigen Aufgaben zu vernachlässigen.

Wir stimmen dem Haushalt in der vorliegenden Fassung zu. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Jentsch. - Für die FDP spricht jetzt Herr Engel.

Horst Engel^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Gäste auf der Zuschauertribüne! Um es gleich vorweg zu sagen: Die FDP-Landtagsfraktion macht mit ihren Anträgen zum Einzelplan 03 wieder deutlich, dass für die FDP die Innenpolitik, die kommunale Selbstverwaltung und die innere Sicherheit als vornehmste Aufgaben des Staates den höchsten Stellenwert genießen. Deshalb wollen wir die Ansätze für den Katastrophenschutz, zur Bewältigung von Großschadensereignissen - das können Naturkatastrophen, in diesen Zeiten aber auch terroristische Anschläge sein - mit 10 Millionen € deutlich erhöhen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf flächendeckender Bereithaltung von Impfstoffen und Gegenmitteln, Verbesserung der technischen Ausstattung, insbesondere leistungsfähiger Funkgeräte für die Einsatzkräfte aus verschiedenen Bereichen und ein Frühwarnsystem für die Bevölkerung.

(Zuruf von Bernhard von Grünberg [SPD])

Bei der Polizei, Herr von Grünberg, sehen wir für das Jahr 2003 zusätzlich 5,5 Millionen € vor, um 200 Anwärter mehr einstellen zu können, damit nicht nur der Status quo gehalten wird, sondern um den wachsenden Aufgaben und der steigenden Kriminalität mit mehr Personal, das nach Ausbildung erst im Jahr 2006 zur Verfügung stehen kann, begegnen zu können. Übrigens: 200 Polizisten entsprechen etwa dem Gegenwert von 9 Polizeiwachen mit einer Besetzung rund um die Uhr. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

Etwa eine halbe Million € wollen wir für die Einleitung des Prozesses zur polizeilichen Neuorganisation verwendet wissen.

In unserer Begründung heißt es hierzu zu unserem Antrag zum Haushaltsvermerk bei Titel 971 00:

"Seit über fünf Jahren steigt die Kriminalität und sinken die Aufklärungsquoten. Die Polizei muss besser aufgestellt werden. Der Prozess für eine aufgabenorientierte Polizeireform bedarf deshalb des Anschubs in Form einer kritischen Bestandsaufnahme, der Beteiligungsverfahren und der notwendigen Umsetzungsschritte sowie der möglichen Schaffung von Pilotbehörden einschließlich der konkreten Zielbeschreibungen."

Ein Teil der zusätzlichen Mittel des Titels sollten den notwendigen Freiraum schaffen, auf veränderte Sicherheitslagen reagieren zu können.

"Es sollen Mittel zur Verfügung stehen, um eine Studie in Auftrag geben zu können zur Organisation des Objektschutzes."

Stichwort: Wachpolizei. Weiter heißt es in unserer Begründung:

"Ohne Einsatz von modernen Computersystemen und Datenbanken wird Terrorismusbekämpfung und die Herstellung innerer Sicherheit kaum möglich sein."

Übrigens: Herr Ministerpräsident Steinbrück - er ist im Moment nicht da, aber man wird es ihm ausrichten -, dagegen ist Ihre Regierungserklärung für diesen Bereich der inneren Sicherheit völlig unzureichend. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Daher - so die FDP-Begründung - sollten die Mittel für den IT-Bereich verwendet werden, da neben den Grundvoraussetzungen wie intakte und aufgabenorientierte Strukturen und genügend Personal gerade bei der Terrorismusbekämpfung Wissen und Aufklärung von zentraler Bedeutung

sind. Deshalb sind Mittel für zusätzliche Experten beim Verfassungsschutz vorgesehen, aber auch Mittel für den Einstieg in eine neue Sicherheitsarchitektur der Sicherheitsorgane, die endlich eine bewertende Verknüpfung von Information auf der Ebene der Amtschefs ermöglichen soll, damit das Kirchtumsdenken beendet wird.

Zusätzliche Mittel sollen bereitgestellt werden für die Herstellung von "work flow", d. h. Vernetzung von Software verschiedener Verhandlungssysteme und für die Auslobung von Geldern und Zeugenschutz und letztlich Mittel für die Fortbildungsprogramme.

Unter Kapitel 03 110 – Bezüge der Beamten - haben wir den Antrag der CDU-Fraktion unterstützt, den Ansatz von 33.210.000 € um 3 Millionen €, also 10 %, auf rund 36 Millionen € zu erhöhen. Damit wollen wir die Zahl der beschriebenen Neueinstellungen bei den Beamten um 250 auf 1.340 erhöhen. Auf die Begründung gehe ich später noch ausführlich ein.

Das gilt auch für das Kapitel 03 110 – Vergütung der Angestellten. Hier haben wir ebenfalls dem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt, den Ansatz um 10 Millionen € zu erhöhen, um zusätzliche Angestellte einzustellen und Polizeivollzugsbeamte in verschiedenen Bereichen entlasten zu können, z. B. in den Technikabteilungen. Da ist besonders gemeint der Fahrzeugbereich, Waffenwesen, Hard- und Softwareentwicklung und -betreuung.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen finden unter Vorzeichen statt, die man nur mit dem völligen Versagen rot-grüner Reformpolitik in Bund und Land begründen kann.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Ach, Herr Engel!)

"Finger weg von unseren Familieneinkommen, Großdemonstration in Berlin, 14.12.2002 um 13.00 Uhr", heißt es in einem Flugblatt. Ich zitiere daraus:

"Es ist an der Zeit, dass wir der Politik zeigen, wie wir über Buchhaltertricks wie Öffnungsklausel, Streichung des Weihnachtsgeldes, mögliche Arbeitszeitverlängerung denken."

(Jürgen Jentsch [SPD]: Wir reden über den Haushalt!)

Ich zitiere weiter:

"Wir haben es satt, seit Jahren für die Bevölkerung unbemerkt, Einsparungen unserer Besoldung und Versorgung in Milliardenhöhe hinzu-

nehmen und uns nach Gutsherrenart von der Politik als die Verantwortlichen für die Haushaltsmisere von Bund und Ländern an den Pranger stellen zu lassen."

So der Bund Deutscher Kriminalbeamter.

Weiter heißt es dort:

"Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können unserer Verantwortung für die innere Sicherheit weiter versichert sein, gleichwohl muss die Politik zur Kenntnis nehmen, dass man einen Esel, den man dringend braucht, nicht ständig prügeln sollte."

Die Tagespresse zum gleichen Hintergrund titelte: "Revolte in den Revieren!"

Mit massiven Boykottaktionen will die Polizeigewerkschaft gegen Sparpläne kämpfen. Seit Jahren sind gerade Polizisten - ich zitiere - "die Sparschweine der Nation".

Herr Jentsch, Sie haben von der Stimmung in den Revieren gesprochen. Da pflichte ich Ihnen bei. Es ist übrigens das erste Mal, dass Sie das öffentlich so eingestehen.

"Seit Jahren sind gerade die Polizisten die Sparschweine der Nation. Die Klagen von Polizisten über immer größere Arbeitsbelastung und zu geringe Gehälter sind so alt wie ihre Schreibmaschinen auf den Revieren."

(Jürgen Jentsch [SPD]: Ach, Herr Engel! - Frank Baranowski [SPD]: Die haben gar keine Schreibmaschinen!)

"Doch seit die Ministerpräsidenten Heide Simonis, Schleswig-Holstein, SPD, Georg Milbradt, Sachsen, CDU, und Klaus Wowereit, Berlin, SPD, mit ihren Sparplänen bei der Beamtenbesoldung ernst machen wollen, erkennt die bislang eher staatstreue Polizeigewerkschaft eine nie da gewesene Wutwelle gegen die Dienstherren.

Angesichts leerer Kassen wollen Wowereit & Co. im Bundesrat eine Öffnungsklausel durchboxen, wonach die Länder die bundeseinheitliche Beamtenversorgung um bis zu 10 % kürzen können."

(Jürgen Jentsch [SPD]: Wir sind aber nicht im Bundestag!)

"Auch die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld wäre dann möglich.

Polizeimeister Jens Hink, Nettogehalt 1.626 €, aus Wuppertal, so der 'Focus' in seinem letzten Heft, Ausgabe 50/2002, hat schon einmal

nachgerechnet. 330 € pro Monat hätte der Streifenpolizist weniger in der Tasche."

Übrigens, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Verfassungsgeber schritt 1972 ein, als die Beamtenbesoldung zwischen den Ländern um ungefähr 5 % auseinander klappte. Was jetzt in der Diskussion ist, liegt zwischen 10 und 18 %.

Eine weitere Überschrift: "Erfolge nicht verschweigen, aber kein Sonderopfer!" Ich zitiere:

"Noch steht nicht fest, wie sich die Berliner Bundesratsinitiative weiter entwickeln wird. Fest steht aber, dass der Öffentliche Dienst einmal mehr ins Visier der Politik geraten ist, die auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten ist."

(Jürgen Jentsch [SPD]: Wer redet denn jetzt über Nordrhein-Westfalen?)

"Das heißt, es wird einerseits im Tarifbereich Verschlechterungen bei den Sozialleistungen geben, die Renten sinken und die Krankenkassenbeiträge steigen. Die Höhe der gesetzlichen Sozialversicherung führt zu einem monatlichen Gehaltsverlust von bis zu 2 %."

(Jürgen Jentsch [SPD]: Herr Engel, wir sind nicht im Bundestag! Wir sind hier im Landtag!)

"Für die Beamtinnen und Beamten heißt es andererseits, Pläne um die Kürzung oder Streichung des Urlaubs- oder Weihnachtsgeldes, Bestrebungen, mit einer so genannten Öffnungsklausel die Möglichkeit von Nullrunden bei der Beamtenbesoldung einzuführen. All diese politischen Absichtserklärungen können nur als Kampfansage an uns gewertet werden."

Übrigens entnommen aus dem Vorwort des Landesteils des Magazins der Gewerkschaft der Polizei von Herrn Swienty, SPD-Mitglied, wörtlich so vorgetragen.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Reden Sie doch mal über den Haushalt!)

An gleicher Stelle wird eingeräumt:

"Trotz schwieriger finanzieller Situation des Landes sieht der Landeshaushalt 2003 vor, den wir mit den Fraktionen des Landtages ausführlich diskutiert haben, dass die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn auch in 2003 weitergeführt wird."

(Jürgen Jentsch [SPD]: Der zitiert nur Flugblätter! - Frank Baranowski [SPD]: Onkel Horsts Lesestunde!)

"Die Ausrüstung mit Krafffahrzeugen wird weitergehen, die Ausstattung mit Einsatzanzügen ist dann endlich geregelt. Alle Kolleginnen und Kollegen sind mit Schutzwesten ausgestattet. In den Jahren 2003 und 2004 wird erstmals mehr eingestellt als drei Jahre später in Pension gehen."

Dann müssen aber, Herr Innenminister, auch die Planzahlen für die Neueinstellungen in den Jahren 2004 und 2005 korrigiert werden. 2007 gehen 737 Polizisten in Pension, 2004 werden nur 680 neu eingestellt. Nach drei Jahren Ausbildung fehlen also 57.

Das gleiche Bild in den Jahren danach! Ich spare mir das jetzt. Swienty beendet seinen Kommentar sarkastisch: Oder werden in diesem Land die Polizeiwachen wegen Überfüllung geschlossen? - Swienty legt den Finger in die richtige Wunde. Der Personalabbau in der Polizei ist unverantwortlich. Seit 1999 sind 1.500 Stellen gestrichen worden. Hinzu kommt, dass täglich zwischen 15 und 20 % der polizeilichen Dienstleistungen durch Verwaltungstätigkeit verloren gehen.

Der Rat der Stadt Köln hat am 14.11. eine geharnischte Resolution verfasst. Die Stadt Bonn ist dabei, eine solche Resolution an den Innenminister auf den Weg zu bringen. Andere Behörden, Aachen z. B., haben eine Resolution an den Polizeipräsidenten Bönninghaus gerichtet, bei der es wieder um die Schließung einer Wache geht. Summa summarum: ein Drama!

Wir haben - ich habe das angefragt; Sie kennen die Zahlen - in den letzten 21 Monaten 20 Veränderungen beim Status an Polizeiwachen oder rund um Polizeiwachen hinnehmen müssen. In Duisburg wurde die Wache Neudorf geschlossen, in Münster die Wache Gescher, mehrere Autobahnpolizeiwachen. Es wurden Polizeiwachen heruntergestuft. Ich spare es mir, sie alle aufzuzählen, weil meine Redezeit nicht ausreicht. - Insgesamt 20 Wachen! Und das geht so weiter! Überall zieht sich die Polizei aus der Fläche zurück, obwohl - das wissen wir seit dem 5. November 2002 - die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen ansteigt, wobei das Dramatische ist, dass sich die Straßenkriminalität, also die Kriminalität auf Straßen, Wegen und Plätzen, im Gegensatz zur allgemeinen Kriminalität verdoppelt hat.

Sie sollten sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Problematik bewusst sein. Kriminalitätsbekämpfung hat zutiefst etwas mit dem Einsatz von Personal zu tun. Technik kann die Arbeit nur erleichtern, nicht aber fehlendes Personal ersetzen.

Ich komme zum Schluss. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie endlich die Lebenswirklichkeit wahr!

(Frank Baranowski [SPD]: Nehmen Sie endlich die Finanzwirklichkeit wahr, Herr Engel!)

Verschieben Sie die Prioritäten Ihrer Landespolitik zugunsten der Innenpolitik, zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung, zugunsten einer schlankeren Verwaltung, zugunsten der inneren Sicherheit! Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie die Menschen ernst! Sie stehen schon auf der Straße - ich am Samstag in Berlin auch. Ich ahne, dass bald für alle Demos das Motto gelten kann: Bunte Mehrheit für ein konstruktives Misstrauensvotum und Neuwahlen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! meine Damen und Herren! Ich stelle für die Koalitionsfraktionen zunächst fest: Alle Änderungsanträge, die wir im Innenausschuss gestellt haben, sind einstimmig beschieden worden. Das heißt, die Opposition ist mit unserer Politik grundsätzlich einverstanden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das ist auch gut so; denn die Bilanz rot-grüner Sicherheitspolitik im Land Nordrhein-Westfalen in schwierigen finanziellen Zeiten kann sich sehen lassen.

Die Sicherheitspakete, die nach dem 11. September letzten Jahres aufgelegt wurden, sind nicht gekürzt worden - auch wenn die CDU immer wieder das Gegenteil behauptet -: sie sind gestreckt, aber nicht gekürzt worden. Das Geld, das zusätzlich beschlossen wurde, wird dort ankommen, wo wir es gerne hätten.

Wir haben gerade neue Funkstreifenwagen angeschafft. Auch das ist an der Opposition vorbeigegangen. Immerhin werden bis zum März 2004 2.000 neue leichte Funkstreifenwagen erstmals im kostengünstigen Leasingverfahren angeschafft.

Bis zum Herbst des nächsten Jahres hat jeder Polizeivollzugsbedienstete eine Sicherheitsweste. Das sind mithin immerhin 33.000 Stück, die bis dahin an den Mann und an die Frau gekommen sein werden. Was wir versprochen haben, das haben wir gehalten.

Mit einem finanziellen Kraftakt wird bundesweit der Digitalfunk eingeführt und damit eine veraltete

Technik endlich abgelöst. Diese bundesweit neue Infrastruktur wird mit 1,5 Milliarden € zu Buche schlagen und auch für unser Land erhebliche Mehrkosten bedeuten. Dazu stehen wir; auch das wird umgesetzt.

Wir haben - der Kollege Jentsch hat darauf hingewiesen - die zweigeteilte Laufbahn vollendet. Damit stehen wir, was die Qualität und die Bezahlung unserer Polizisten in Nordrhein-Westfalen anbetrifft, an der Spitze der Bundesländer in Deutschland.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Insgesamt ist festzustellen, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Einzelplan 03 auch in diesen schwierigen Zeiten nicht kürzt. Ich denke, allein diese Zahlen zeigen, dass die Kritik der Opposition einfach nicht greift. Das wissen Sie auch, wenn Sie ehrlich sind. Diese Zahlen können sich wirklich sehen lassen.

Nichtsdestotrotz - auch das habe ich persönlich in Gesprächen vor Ort immer wieder erfahren; das kann man auch nicht leugnen - ist die Belastungsgrenze für unsere Polizistinnen und Polizisten im Land wirklich erreicht. Dort wird hart gearbeitet, dort sind die Belastungen hoch. Wir muten ihnen wirklich viel zu. Das soll hier auch nicht schöngeredet werden. Aber insgesamt, meine ich, kann sich der Haushaltsplan für das nächste Jahr mit den beschlossenen Vereinbarungen über das Haushaltsjahr 2003 hinaus wirklich sehen lassen. Wir werden auch weiter an unserem Konzept und an dem Leitbild einer bürgernahen Polizei arbeiten.

Über die Kriminalitätsstatistik, die hier immer wieder angesprochen wurde, haben wir in einer längeren Debatte in einer der letzten Sitzungen des Innenausschusses ausführlich diskutiert. Herr Kruse, Sie wissen ganz genau, wenn Sie diese Zahl jetzt in den Raum stellen, dass es insgesamt überhaupt nichts zu sagen hat, wenn bei den Fallzahlen aller Straftaten 2001 und 2002 insgesamt wieder eine Steigerung zu verzeichnen ist, denn wir haben ein völlig indifferentes Bild. Zum Beispiel sind die Zahlen bei Wohnungseinbrüchen regional völlig unterschiedlich. Auf dem Land stellt sich die Situation ganz anders dar als in den Städten, z. B. in Köln und Düsseldorf.

Sie wissen auch, dass wir im Ausschuss in einer Differenziertheit, die hier gar nicht möglich ist, darüber debattiert haben. Die Landesregierung hat dargestellt, was da für Maßnahmen auf den Weg gebracht wurden, um dem entgegenzuwirken, dass Spezialermittlungsgruppen in den Poli-

zeipräsiden eingerichtet wurden etc. Zu sagen, da passiere nichts, ist völliger Quatsch.

Auch das ist ein ganz alter Hut, Herr Kruse - Sie haben in der Debatte wirklich nichts Neues zu liefern -, wenn Sie gebetsmühlenartig jedes Jahr wieder anführen, dass die Neukonzeption der Ausbildung der Polizei, die Mitte der 90er-Jahre entschieden wurde, eine falsche Entscheidung war. Ich meine, sie hat sich bewährt. Sie sollten sich damit abfinden.

Last but not least drücken Sie sich vor den Fragen, die die Zukunft der Polizei ernsthaft betreffen. Es geht nicht um die Frage, wie wir jedes Jahr mehr Geld in Systeme wie Polizei oder Bildung hineinstecken können, ohne überhaupt Deckungsvorschläge dafür anzubieten; das machen Sie auch dieses Jahr nicht. Vielmehr geht es darum, wie wir in diesem System bessere, effizientere, wirtschaftlichere Strukturen schaffen. Diesen Herausforderungen stellen Sie sich nicht.

Hier war kein Wort dazu zu hören, wie Sie zu einer Polizeistrukturereform im Land stehen. Vor dieser Aussage drücken Sie sich. Sie wissen ganz genau, dass landauf, landab in der GdP auf allen Ebenen diskutiert wird, dass wir mit 50 Kreispolizeibehörden, der zusätzlichen Bezirksregierungsebene und all den anderen im Laufe der Zeit geschaffenen Behörden eine ineffiziente Struktur haben. Sie wissen genau, dass es dringend geboten ist, darüber zu reden, wie wir mehr Effizienz in die Polizeiarbeit hineinbringen.

Auch um diese Themen drücken Sie sich. Es ist müßig, hier jedes Jahr Anträge mit Millionenvolumen zu stellen und dafür überhaupt keine Deckung anzubieten, sich aber vor den wirklich notwendigen Reformen völlig zu drücken.

Deckung bietet auch die FDP nicht an. Es macht mich in Bezug auf Ihre Forderungen sehr misstrauisch, Herr Engel, wenn Sie sich an die Spitze der gewerkschaftlichen Bewegung stellen und die Unterschriftenaktionen der GdP unterstützen, die im Übrigen - das wissen Sie auch - gar nicht den Erfolg haben, den sie sich ursprünglich davon erhofften. Sie stellen sich hier hinter gewerkschaftliche Forderungen, die ich zum Teil nachvollziehen kann; ich will sie gar nicht wegdiskutieren.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Fragen Sie doch mal Herrn Priggen zu den Bergleuten!)

Wenn Sie aber gleichzeitig sagen, um das zu finanzieren, schicken wir am besten noch vor Weihnachten 44.000 Bergleute ohne Sicherheit und doppelten Boden in die Arbeitslosigkeit, dann wäre ich anstelle der Gewerkschaften sehr mis-

strauisch, was Ihre Solidaritätsbekundungen wert sind.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das sind Danaergeschenke, die Sie den Gewerkschaften anbieten.

Wenn Sie Öffnungsklauseln im Bereich der Beamtenbesoldung im öffentlichen Dienstrecht kritisieren und sich als Hüter des öffentlichen Dienstrechts und des Beamtenstatus in seiner jetzigen Form auf alle Zeiten darstellen, dann geben Sie damit einen Strukturkonservatismus zum Besten, den ich bei keiner anderen Partei sehe und der meiner Meinung nach auch nicht richtig ist.

Es geht auch nicht darum, hier nur das Weihnachtsgeld und ähnliche Dinge zu thematisieren. Sagen Sie doch einmal, was Sie von der Forderung halten, Beamte in Pension sollten auf die Zahlung der 13. Pension verzichten. Halten Sie es wirklich für in sozialer Hinsicht so katastrophal, wenn diese Pensionäre auf die 13. Pension verzichten sollen, nicht um irgendwelche Löcher zu stopfen, sondern um bestimmte Systeme im öffentlichen Dienst am Leben zu erhalten? Ich kann mir nicht vorstellen, was daran so dramatisch sein soll. Darauf haben Sie überhaupt nicht Bezug genommen. Im Übrigen stehen die Polizisten auch in Hessen vor dem Innenministerium und demonstrieren dort genauso; in diesem Bundesland sind Sie an der Regierung beteiligt.

Kommen wir nun zu der elenden, ständig geführten Debatte über die Polizeiwachen, die im Land geschlossen werden. Sie haben sie wieder alle aufgeführt; das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Es hat überhaupt nichts mit verantwortlicher Sicherheitspolitik für das Land Nordrhein-Westfalen zu tun, wenn sich Landtagsabgeordnete vor jede Polizeiwache stellen und dafür kämpfen, dass sie auf keinen Fall geschlossen wird. Richtig ist vielmehr, dass wir Rahmenbedingungen schaffen müssen, damit vor Ort entschieden werden kann, was angesichts einer sich im Land total indifferent entwickelnden Kriminalitätsbelastung notwendig ist.

Entscheidungen wie die der Kreispolizeibehörde Düsseldorf, in Kaiserswerth die Wache zu schließen, weil dort mobile Einsatzkräfte sinnvoller sind, sollen vor Ort getroffen werden; ich möchte solche Entscheidungen hier auch nicht diskutieren,

(Dr. Robert Orth [FDP]: Fragen Sie mal die Ratsfraktion!)

denn unsere Vorstellung von einem funktionsfähigen Sicherheitsapparat ist folgende: Hier werden

die Rahmenbedingungen gesetzt - ich habe sie dargestellt -, vor Ort wird dezentral und mit einer ganz flexiblen Verantwortung für die Ressourcen entschieden, wie sie eingesetzt werden. Für diese Politik stehen wir auch weiterhin.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Aspekt aus dem Bereich der Flüchtlingspolitik ansprechen. Herr Kollege Jentsch hat es bereits gesagt. Ich freue mich sehr, dass wir es geschafft haben, die dramatischen Kürzungsvorschläge der Landesregierung im Bereich der Flüchtlingsarbeit zurücknehmen zu können, und dass wir dafür Deckungen gefunden haben. In diesem Bereich wird nämlich sehr viel aner kennenswerte ehrenamtliche Arbeit zur Unterstützung von Flüchtlingen in unserem Land geleistet. Diese wichtige gesellschaftspolitische, ehrenamtlich geleistete Arbeit wollen und werden wir auch weiterhin durch eine bestimmte Förderung der hauptamtlichen Strukturen unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Einzelplans 03 ist, wie wir alle wissen, nicht nur Grundlage für die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz, also für die Arbeit im Bereich der inneren Sicherheit im engeren und weiteren Sinne, sondern Grundlage für die Arbeit von insgesamt 55.000 Beschäftigten, also einem großen Teil der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalens im Geschäftsbereich des Innenministeriums. Dazu zählen natürlich die Behörden der Polizei, die Landesbetriebe, die Bezirksregierungen, das Ministerium; ferner sind es diejenigen, die ehrenamtlich im Brandschutz und im Katastrophenschutz tätig sind und auch aus diesem Etat dotiert werden.

Ich beginne meine Bemerkungen mit einem Dank an all diese Beschäftigten, denn sie haben ihn verdient. Sie haben ihre Arbeit schon im vergangenen Jahr unter nicht leichten Voraussetzungen leisten müssen. Mit dem Haushaltentwurf des Jahres 2003, den wir Ihnen vorgelegt haben und der in der nächsten Woche hier verabschiedet werden soll, wird es in allen Bereichen noch einmal enger.

Wir werden trotz Steigerungsraten in einigen Teilen des Haushalts, vor allem im Sicherheitsbereich, sparen müssen, globale Minderausgaben

realisieren müssen usw. Das muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Das werden wir natürlich auch in praktisches Verwaltungshandeln und in politische Entscheidungen umzusetzen haben. Schon im letzten Jahr konnten nicht alle Blüten träume reifen; im nächsten Jahr wird es erst recht nicht möglich sein.

Um mit einigen Märcen aufzuräumen, lieber Herr Kruse, zitiere ich aus Ihrer eben gehaltenen Rede. Sie müssten wissen, dass von "aufgeblähter Bürokratie" keine Rede sein kann; das ist dem Landtag mehrfach dargestellt worden: Es gibt in Deutschland keine kostengünstigere Landesverwaltung als die nordrhein-westfälische. Das ist ein ganz nüchterner Fakt. Die durch die Landesverwaltung verursachten Kosten pro Einwohner sind in keinem anderen Land so niedrig wie in Nordrhein-Westfalen.

Das ist so. Das heißt, wir haben die Verwaltung bei allem, was Sie daran kritisieren, nicht in den letzten Jahren, sondern über viele Jahrzehnte hinweg, so aufgestellt und organisiert, dass wir jedenfalls nicht der Geldverschwendung frönen.

Es gibt an einigen Stellen Änderungsbedarf. Aber Sie wissen selber, woran Veränderungs bemü hungen in der Vergangenheit gescheitert sind, nicht zuletzt am Widerstand auch der politischen Parteien. Ich schaue gar nicht in eine Richtung, sondern in alle Richtungen. Das muss man ganz nüchtern feststellen.

Ich stimme auch zu, dass wir einen starken und einen schlanken Staat brauchen. Auch diese beiden Begriffe haben Sie gebraucht. Wir wissen alle, dass, wenn man in die Jahre kommt - unser Staat ist in die Jahre gekommen, nicht nur der Nachkriegsstaat; denn seine Strukturen beruhen im Wesentlichen auf einer Geschichte, die seit dem Wiener Kongress andauert und 200 Jahre alt ist - Fitnessübungen braucht, um sich schlank und stark zu halten.

Solche Fitnessübungen machen wir mit unseren Bemühungen um Verwaltungsmodernisierung und Verwaltungsreform. Ich nenne z. B. die Stichworte Binnenmodernisierung, neue Steuerungsmodelle, Kosten- und Leistungsrechnung, Budgetierungen - alles innere Modernisierungsbemühungen von Verwaltungen, die dazu beitragen sollen, diesen Staat kostengünstig, effizient und effektiv zu halten.

Sie werden recht früh nach Beginn des nächsten Jahres erleben, dass die Regierungskommission "Zukunft des öffentlichen Dienstes - Öffentlicher Dienst der Zukunft" ihre Vorschläge vorlegen wird. Wir werden diese Vorschläge öffentlich zu disku-

tieren haben. Ich sehe schon das Heulen und Zähneklappern bei einigen, die versuchen, ihre Pfründe zu verteidigen. Ich vermute etwa Herrn Engel in dieser Ecke.

(Horst Engel [FDP] schüttelt den Kopf.)

- Ja, alles, was Sie hier gesagt haben, Herr Engel, wird sich an dem messen lassen müssen, was dann Externe zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus vorschlagen werden.

Wir haben in diesem Jahr, um kurz daran zu erinnern, eine neue Gemeindeprüfung auf die Beine gestellt - eine erhebliche Strukturveränderung im Lande Nordrhein-Westfalen auch mit Blick auf die Kommunen, die in diesem Haushalt 2003 ihren Niederschlag findet. Das ist eines der Projekte der äußeren Modernisierung von Verwaltung.

Als nächstes großes Projekt steht die Reform im Ruhrgebiet an, die ich jetzt nur mit dieser Überschrift versehen will. Das haben wir vor der Brust, und ich hoffe sehr, dass wir in Gemeinsamkeit von politischen Parteien und Fraktionen zu Lösungen werden kommen können. Vieles andere ließe sich hinzufügen.

Ich will jetzt zu dem Bereich der inneren Sicherheit, der ja doch immer politisch im Mittelpunkt steht, kommen und hier die beiden Gebiete Bekämpfung des Terrorismus und Entwicklung der Kriminalität mit einigen Bemerkungen beleuchten. Meine Damen und Herren - Herr Kruse, Herr Engel, vielleicht hören Sie einen Moment zu! -, ich zitiere aus Pressemeldungen:

Eine Überschrift von vor einigen Tagen: "Innenminister verteidigt geplanten Stellenabbau bei der Polizei" - Sachsen.

"Polizei macht Dienststellen nachts dicht - mehr Beamte auf Streife", "Bündelung ihrer Kräfte" - Bayern.

"Polizeigewerkschaft beklagt Notstand bei Ordnungshütern" - Bayern.

Das sind alles lange Meldungen, die auszuführen wären.

"Die Zahl der kleinen Polizeistationen wird drastisch reduziert", so Innenminister Jeziorsky, Sachsen-Anhalt, gestern.

Mein Kollege Günther Beckstein, der letzte Woche die Innenministerkonferenz verlassen musste, weil er an den bayerischen Haushaltsberatungen im Landtag teilnehmen musste, hat seine Rede mit dem Satz begonnen: "Meine Damen und Herren, Sie sehen mich nackt."

So weit gehe ich gar nicht, und dieses Schauspiel möchte ich Ihnen auch gar nicht bieten.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit)

Wir sprachen schon über Fitness, das wäre dann auszuführen und zu belegen.

Tun Sie nicht so, als seien wir hier nicht auf einer Insel der Seligen, sondern auf einer Insel der Ohnmächtigen oder der Ahnungslosen. Die Welt ist so, wie sie die Zeitungsmeldungen in den anderen Ländern beschreiben, und es gibt nirgends die Möglichkeit, einfach so weiterzumachen wie bisher.

Überall stehen Veränderungen und Sparmaßnahmen an. Es ist selbstverständlich, dass, wenn die Einnahmen nicht mehr so sprudeln wie in der Vergangenheit, das auf der Ausgabenseite des Staates Sparmaßnahmen zur Folge haben muss. Das ist nun einmal so, dass das auch zu Einschnitten und zum Sparen in vielen Bereichen führen muss, wo es wehtut.

Zur Terrorismusbekämpfung will ich einige wenige Sätze sagen. Nach dem 11. September des vergangenen Jahres haben Europa, die Verbündeten, Bund und Länder vielfältige Anstrengungen unternommen, um sich für Herausforderungen und Gefährdungen besser zu rüsten. Auch wir haben das getan. Wir setzen diese Politik fort. Ich kann Ihnen angesichts der Knappheit der Zeit die Zahlen nicht mehr vorlesen; Sie kennen sie auch.

Es ist in Nordrhein-Westfalen nach Gesetzesänderungen auf Bundesebene etwa zum Verbot des Kalifatstaats gekommen. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingen wird, Herrn Kaplan, der immer noch in einem unserer Gefängnisse sitzt, in die Türkei zu überstellen. Dafür muss allerdings die Türkei auch die Voraussetzungen schaffen.

Natürlich haben wir nach wie vor eine hohe abstrakte Gefährdungslage, die alle Aufmerksamkeit und Vorsorgemaßnahmen erfordert. Deshalb haben die Innenminister des Bundes und der Länder in der letzten Woche diesen Fragen einen wesentlichen Teil ihrer Beratungen gewidmet. Auch hier gibt es Anstrengungen etwa beim Katastrophenschutz und bei der Vorsorge zum Schutz vor Naturkatastrophen und terroristischen Anschlägen besser zusammenzuarbeiten und dafür EU-weit, bundesweit und auch in Nordrhein-Westfalen alle Anstrengungen zu unternehmen, die sich auch im Haushalt niederschlagen.

Ich bin sehr dafür - ein bisschen Politik darf auch bei Haushaltsberatungen sein -, die Bundeswehr mit all ihren Kräften und all ihrem Wissen dort einzusetzen, wo sie bei der Katastrophenvorsorge

und bei der Bekämpfung von Katastrophen helfen kann - auf der Grundlage und im Rahmen des Grundgesetzes. Ich bin dagegen, das Grundgesetz zu ändern, um die Bundeswehr als Polizei in Deutschland einzusetzen. Das will ich auch hier in aller Klarheit und aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben die Mittel für den Katastrophenschutz im Jahre 2002 und auch im nächsten Jahr angehoben, um uns hier besser aufzustellen und besser vorzubereiten auf das, was kommen mag, auf die Gefährdungen, die vorhanden sind.

Wir werden uns intensiv mit der Kriminalitätsentwicklung auseinander zu setzen haben. Herr Kruse, Herr Engel, wir haben schon oft darüber gesprochen: Nach wie vor ist Deutschland und Nordrhein-Westfalen eines der sichersten Fleckchen dieser Erde. Das ist so. Vergleichen Sie mit anderen Teilen dieser Welt! Dennoch bin auch ich mit der Kriminalitätsentwicklung etwa des ersten Halbjahres 2002 mit einer Steigerungsrate von 5,3 % nicht zufrieden.

Deshalb werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um dagegen etwas zu tun. Qualität kriminalpolizeilicher Sachbearbeitung ist ein Stichwort dazu.

Unsere Polizei arbeitet mit vollem Vertrauen unserer Bevölkerung. Ich warne Neugierige davor, das schlecht zu reden, das herunterzureden bzw. das kaputt zu reden. Es gibt keinen Grund, es schlecht zu reden - bei allen Belastungen, die ich anerkenne, bei aller Dauerbelastung, etwa aufgrund von Objektschutz usw.

Das alles sehe ich zwar, aber wir haben in der Polizei - auch unseres Landes - mittlerweile einen Stand an Ausrüstung und an Besoldung, Bezahlung, Strukturen sowie Beförderungsmöglichkeiten erreicht, den es so nirgends auf der Welt wie bei uns in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen gibt. Darauf bin ich stolz. Dafür haben wir lange Jahre gekämpft. Ich glaube, wenn Sie unter vier, sechs oder acht Augen mit Polizeibeamtinnen und -beamten sprechen, dann wissen auch die das zu schätzen. Auch sie sind stolz über das Erreichte.

Über sonstige Ausstattungsanstrengungen der vergangenen Jahre ist hier viel gesagt worden. Das ging von den Schutzwesten über die Computer bis zu den Autos. Das werden wir fortsetzen.

Aber, meine Damen und Herren, ich wiederhole den Eingangssatz: Nicht alle Blümenräume werden reifen. Wir werden auch hier sparen müssen. Wir werden den Euro zweimal herumdrehen müs-

sen. Es werden an der einen oder anderen Stelle auch Projekte gestreckt werden müssen. Das ist unvermeidlich, wenn das Geld knapp ist.

Die innere Sicherheit im Lande wird dadurch aber nicht gefährdet. Sie ist gewährleistet, und dafür sorgen wir mit dieser Regierung und dieser Koalition. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Behrens. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir damit am Schluss der Beratung zu Einzelplan 03.

Ich lasse abstimmen, und zwar über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3303**. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden.

Ich rufe **Nummer 4** auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/3304**.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Lux das Wort.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie, Herr Minister Gerhards, heute den Entwurf des Justizhaushalts 2003 hier vertreten müssen, dann müssten Ihnen eigentlich die Tränen kommen, und zwar angesichts der Altlasten, die Ihnen Ihre Vorgänger hinterlassen haben. Herr Behrens hat gerade davon gesprochen, dass ihm vorschwebt, den schlanken Staat zu verwirklichen. Er ist ebenfalls einer Ihrer Vorgänger. Ich denke, dass in vielen Bereichen der Justiz sowie in vielen Bereichen der Gerichte der Staat jedoch zu schlank ist, als dass er noch den Anforderungen eines Rechtsstaats in jeder Weise entsprechen kann.

Nach Jahren des Stillstands in der Rechtspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen erwarten die Bürger des Landes sowie die Mitarbeiter in der Justiz endlich einen Haushalt, mit dem sich die Landesregierung zu den offenkundigen Problemen der Vergangenheit bekennt. Vor allem erwarten sie auch den Willen zu einer Lösung.